



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/40 - 16.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

"Rheinischer Merkur" und deutsche Einheit	S. 1
Der Sieg Nehrus	S. 3
Antwort an den "Industriekurier"	S. 5

Furcht vor Gesamtdeutschland

P.R. Es hat unseres Wissens noch keine Darstellung auf einer der Regierung nahestehenden Seite gegeben, die so ungeschminkt wie der Leitartikel der letzten Ausgabe des "Rheinischen Merkur" die Furcht vor einer Lösung der gesamtdeutschen Frage in demokratischem Sinne erkennen läßt. Eine absolut souveräne Nationalversammlung, "die zu jedem beliebigen Revolutionsstreich ermächtigt" wäre, wird "ein Ungeheuer" genannt und schließlich wird im Hinblick auf die Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands, wie sie ihren Ausdruck in den Beschlüssen von Bundestag und Bundesregierung vom 27.9.51 ("in einem nationalen Einheitsrausch" zustande gekommen) und vom 6.2.52 gefunden haben, von einem "samtsojietischen Abenteuer" gesprochen.

Der "Rheinische Merkur", der diesen Vorstoß bezeichnenderweise drei Tage nach der letzten Initiative Grotewohls unternimmt, sagt klipp und klar, weshalb er so denkt. Er stellt zunächst die - unzutreffende - These auf, daß eine Nationalversammlung nur in einer revolutionären Situation einen Auftrag durch das Volk erhalten und ausführen könne, (und wenn sie zuträfe - ist die gesamtdeutsche Situation von heute etwa nicht revolutionär?), zitiert aber etwas später selbst das Grundgesetz, das in seinem Schlußartikel auf die neue kommende Verfassung hinweist, die "von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist". Natürlich kann diese Entscheidung nur durch eine

souveräne Nationalversammlung herbeigeführt werden und nicht durch das Flickwerk irgendwelcher formalen Angleichungsmaßnahmen zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Worauf es dem "Rheinischen Merkur" ankommt, wird besonders klar in der Bemerkung, daß mit dem Beschluß des Bundestages vom 27.9.51, einer künftigen verfassunggebenden gesamtdeutschen Nationalversammlung die Fülle aller Gewalten anzuvertrauen, "das ganze deutsche Volk auf Gedeih und Verderb den ungewissen Mehrheitsbeschlüssen eines ungewissen Nationalkonventes ausgeliefert worden ist". Nun - wenn man demokratisch verfahren will, muß man wohl Mehrheitsbeschlüsse herbeiführen und anerkennen. Und so ungewiß erscheinen sie den meisten Kennern der Verhältnisse in der Sowjetzone durchaus nicht. Sie werden der kommunistischen Machtstellung, wenn die unerläßlichen Voraussetzungen für freie und unbeeinflusste Wahlen und für die Sicherheit gegen Nachteile aus der Wahl gegeben sind, das Ende bereiten. Sie werden aber auch das politische Schwerkraft in einem wiedervereinigten Gesamtdeutschland unmißverständlich von Bonn und dem, wofür dieser Name ein Begriff geworden ist, wegführen - nicht, wie der "Rheinische Merkur" als Kinderschreck an die Wand malt, in "das gesamtsowjetische Abenteuer", sondern in eine durchaus freiheitliche und moderne Lebensform, die freilich besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet andere Vorzeichen tragen soll, als die Politik der gegenwärtigen Regierung in Bonn.

Zusätzlich erhebt sich eine Frage: Der Meinung des "Rheinischen Merkur" an sich braucht man nicht allzu viel Gewicht zu geben. Nur gilt das Blatt als ein Organ, das dem Bundeskanzler nahesteht, der sich zur Zeit - wie alle Welt sehen kann, weit vom Schuß - in London aufhält. Liegt eine reine Redaktionsansicht vor oder ist ein neuer Versuch beabsichtigt, in der gesamtdeutschen Frage rückfällig zu werden? Die Erklärungen des Ministers Kaiser über den NWDR vom 15.2.52 zum gleichen Thema lassen erfreulicherweise nicht darauf schließen. Aber man weiß seit langem, daß die gegenwärtige Bundesregierung gerade auch in dieser Frage keine geschlossene Meinung hat.

+ + +

Nehru vor folgenschweren Entscheidungen

f. Obwohl erst Ende dieses Monats das Gesamtergebnis der indischen Wahlen feststehen wird, verfügt Nehru und die von ihm geführte Kongreßpartei schon jetzt über die absolute Mehrheit im Zentralparlament in Neu-Delhi. Bei der überragenden Bedeutung, die sich diese Partei in dem jahrzehntelangen Kampf um die Befreiung des Landes von der britischen Herrschaft erworben und bei der bewundernswerten Rolle, die Nehru dabei gespielt hat, ist dieses Ergebnis nicht sonderlich überraschend. Aber man darf nicht die Nebenerscheinungen übersehen. Die Kommunisten, die im Zentralparlament wenigstens zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen, haben in einigen Staatenparlamenten der Indischen Union eine beträchtliche Stärke.

Es ist keine Frage, daß sich hier Entwicklungen ankündigen, die einmal zu ernststen Gefahren für das Ganze werden können. Indien ist mit dem Massenland seiner 350 Millionen Menschen ein idealer Nährboden für den Kommunismus. Wenn dieser einmal Wurzeln geschlagen hat, wird er hier noch schwerer auszurotten sein als anderswo. Die Meinung, die kommunistische Gedankenwelt sei indischem Denken viel zu fern und fremd, kann sich als ein gefährlicher Irrtum erweisen. Für die Millionen verblendeter Kleinpächter, die die Masse des Volkes bilden, dürfte das Wort Landreform auf die Dauer keine geringere Wirkung haben, als sie es auf ihre chinesischen Schicksalsgenossen hatte.

Wenn diese Wirkung bisher nur in Teilen des Landes zu politischem Ausdruck in den kommunistischen Stimmzahlen gekommen ist, dann ist dies wesentlich der Tatsache zuzuschreiben, daß der indische Premier Nehru Sozialist ist. Die von ihm geführte Kongreßpartei ist es nicht. Sie ist eine Sammlungsbewegung, die von der Rechten bis zur Linken alle Schattierungen aufweist. Der sozialistische Flügel bröckelt immer weiter ab. Zwei sozialistische Parteien sind aus dieser Abspaltung bereits hervorgegangen. Sie haben bei den jetzigen Wahlen überraschend schlecht abgeschnitten. Der Grund ist wesentlich in dem ungeborenen Prestige Nehrus zu sehen, der zweifellos viele Wähler, die den Sozialisten ihre Stimme gegeben hätten,

bei der Kongreßpartei gehalten hat.

Nehru sieht sich einem schweren Dilemma gegenüber. Verläßt er die Kongreßpartei, dann treibt er sie vollends der hinduistischen Reaktion in die Arme, der sie ohnehin in jüngster Zeit schon allzu viel Raum gegeben hat. Bleibt er in der Bewegung, die ihn und die er großgemacht hat, dann läuft er Gefahr, in dem zähen Kampf mit den ihm wesensfremden Reaktionären seine Kräfte zu vergeuden. Die jetzigen, noch andauernden Wahlen sind erst der Anfang einer Entwicklung, die Nehru wie die Kongreßpartei vor folgenschwere Entscheidungen stellen wird. Es ist mindestens seit dem vergangenen Herbst auch nach außen sichtbar geworden, daß für die Kongreßpartei eine innere Krise heraufzieht, die weit schwerer sein wird, als die damals notdürftig überbrückte. Sollte die Kongreßpartei immer weiter nach rechts rücken, dann wird für Nehru in ihr kein Platz mehr sein. Ohne Nehru aber wäre die Kongreßpartei nur noch ein Schatten ihrer großen Vergangenheit.

+ + +

" Dumme und unfair "

nennt der DUD - der CDU-Pressedienst - die "nachträgliche" Feststellung der SPD, dem Bundestag habe bei der Schuman-Plan-Debatte eine falsche französische Übersetzung des Montan-Vertrages vorgelegen. (Es gibt keinen deutschen Vertragstext !) Die SPD wolle damit unausgesprochen den Eindruck erwecken, die Bundesregierung habe sich betrügerisch die Zustimmung des Parlamentes erschlichen.

Wir stellen dazu fest: Auf die falsche französische Übersetzung wurde nicht erst "nachträglich", also nach der Schuman-Plan-Debatte, von der SPD verwiesen, sie war bereits Gegenstand der Bundestags-Debatte. Möglicherweise war der DUD-Vertreter, wie die ganze Fraktion der CDU, während dieser Erörterung geistig abwesend. Wir empfehlen Nachlesen des Protokolls: Diskussionsrede des Abgeordneten Gerhard Kreyßig, SPD.

Wenn der DUD offenbar in Unkenntnis dieser Tatsache folgert, das ließe die "Möglichkeit eines Betrugs offen, durch den die Bundesregierung die Zustimmung des Parlaments erschlichen haben könnte", so ist das sein Urteil. Wir waren nicht dumme genug und vielleicht zu fair, als wir uns eines solchen Urteils enthielten.

-K-

+ + +

Verboche- oder Luftballon ?

L.P. Der "Industriekurier" vom 14. Februar 1952 beschäftigt sich unter der Überschrift "Dilemma der Sozialisten" mit der "Sozialen Studienkommission", die auf Antrag der SPD zur Schaffung eines Sozialplans vom Bundestag eingesetzt werden soll. Das Blatt hebt - mit Recht - hervor, daß die Unabhängigkeit der Mitglieder der Kommission für das Resultat der Arbeit der Kommission wesentlich ist. Der "Industriekurier" kommt zum Vorschlag, das Parlament solle nur den Vorsitzenden der Kommission, nicht aber die Mitglieder wählen: Die Mitglieder sollten vielmehr vom Vorsitzenden vorgeschlagen, von der Bundesregierung berufen werden.

Nach der Überschrift des Artikels entspringt dieser Vorschlag der Sorge um die Unparteilichkeit der Kommission. Aber ist sie besser gesichert, wenn allein der Vorsitzende - natürlich mit der (Regierungs-) Mehrheit gewählt wird und er, wie die Bundesregierung, die übrigen Mitglieder auswählen sollen? Wir glauben, daß dies nicht eine Entpolitisierung, sondern im Gegenteil erst die Politisierung der Kommission bedeuten müßte.

Der Antrag der SPD billigt den Fraktionen nach dem D'Hond'schen System das Vorschlagsrecht zu. Es ist außer jedem Zweifel, daß zwar die Notwendigkeit einer Neuordnung unserer sozialen Leistungen allgemein anerkannt ist, über das System der Neuordnung aber die Meinungen sehr auseinander gehen. Wenn jede Fraktion das Vorschlagsrecht hat, können diese Auffassungen bei der Untersuchung der Verhältnisse und den aus ihr resultierenden Vorschlägen mitwirken. Der Vorschlag des "Industriekuriers" dagegen zeigt, daß nur einer Gruppe von Auffassungen Einfluß auf die Studienkommission gegeben werden soll. Unabhängigkeit ist nicht Meinungslosigkeit; das scheint der "Industriekurier" zu verwechseln.

Der Luftballon des "Industriekuriers" ist aber zu durchsichtig: Auch in dieser Frage soll die Opposition ausgeschaltet werden. Es sollte aber endlich einmal auch in der Bundesrepublik möglich sein, daß Regierungsmehrheit und Opposition in einer so entscheidenden Frage zusammenwirken und nicht durch solche Mittelchen gleich am Beginn auseinander manovriert werden.

Verantwortlich: Peter Raupen